



BROT FÜR ALLE
PAIN POUR LE PROCHAIN
PANE PER TUTTI

Medienkonferenz «Der globale Hungerskandal – was tun?»

Bern, 26. Januar 2016

Die Schweiz trägt Verantwortung

Tina Goethe

Teamleiterin Recht auf Nahrung, Brot für alle

„Die Volksinitiative „Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln“ löst das weltweite Hungerproblem nicht“ sagte Bundesrat Schneider-Amman am Dienstag. Es wäre in der Tat vermessen, zu glauben, eine Schweizer Volksinitiative könne den Hunger auf der Welt zum Verschwinden bringen. Aber sie leistet einen wichtigen Beitrag, um eine fehlgeleitete Politik zu korrigieren, die die Landwirtschaft gar nicht mehr als Produzent von Lebensmitteln für Menschen versteht, sondern als Mittel, um möglichst viel finanzielle Gewinne zu erzielen.

Hunger trotz Überfluss

Die Zahl von 800 Millionen Hungernden – nein, jeder einzelne Mensch, der Hunger leidet und möglicherweise sogar an Hunger stirbt – ist ein Skandal. Denn es wird aktuell weit mehr als genug produziert, um alle Menschen auf der Welt ernähren zu können. Laut FAO-Zahlen wurden im Jahr 1961 261 Kilo/Person/Jahr produziert - im Jahr 2011 waren es 336 Kilo/Person/Jahr.

Paradoxerweise sind gerade die Menschen auf dem Land, dort, wo die Lebensmittel produziert werden, besonders von Hunger und Mangelernährung betroffen. Ihnen werden die Ressourcen Land, Wasser, Saatgutvielfalt genommen, um ausreichend produzieren zu können. Und ihnen wird der Zugang zu lokalen oder regionalen Märkten erschwert, um ausreichend Einkommen erzielen zu können.

Bauernfamilien werden mehr und mehr von fruchtbaren Agrarflächen verdrängt, um Platz für grossflächige Monokulturen zu machen, die Produkte für den Export liefern. In Äthiopien vergibt die Regierung allein in der Region Gambela über 2.5 Millionen Hektar an ausländische Firmen für die Produktion von Blumen und anderen Agrarprodukten. Bauernfamilien erhalten in den seltensten Fällen staatliche Unterstützung und sind immer mehr der Konkurrenz importierter Billigprodukte ausgesetzt. Mexiko importiert heute Mais aus den USA, die arbeits- und landlos gewordenen Bauern wandern in die USA aus und arbeiten dort als Erntehelfer auf industriellen Plantagen.

Es ist also eine fehlgeleitete Politik, die es vielen Menschen unmöglich macht, sich zu ernähren.

Engagement von Brot für alle

Hier setzt die Arbeit von *Brot für alle* an, der Entwicklungsorganisation der evangelischen Kirchen der Schweiz: In Sierra Leone zum Beispiel unterstützen wir ein Netzwerk für das Recht auf Nahrung, dass sich gegen Landgrabbing durch die Schweizer Firma Addax Bioenergy wehrt. Addax hat über 15'000 Hektar Land für den Anbau von Zuckerrohr zur Herstellung von Agrotreibstoffen gepachtet.

Brot für alle kritisiert eine Politik, die ein nicht nachhaltiges Landwirtschaftsmodell fördert, das auf fossiler Energie, Pflanzengiften und hohem Kapitaleinsatz beruht und Agrargüter für die industrielle Verarbeitung (rund 50% der Weltgetreideernte für Futtermittel und Agrotreibstoffe) statt Lebensmittel für Menschen produziert. *Brot für alle* kritisiert die Schweizer Akteure (Banken und Agrarkonzerne), die ein solches Modell fördern und finanzieren.

Gleichzeitig setzt sich *Brot für alle* für nachhaltige Ernährungssysteme ein, in denen die Produzentinnen und Konsumenten mitentscheiden und gestalten, was aufs Feld und was auf den Teller kommt. In denen der Mensch und die Umsetzung des Rechts auf Nahrung im Zentrum steht, und nicht die Erwirtschaftung des grösstmöglichen finanziellen Gewinns. Dazu gehört die Förderung ökologischer Anbaumethoden ebenso wie ein Engagement für den Fairen Handel.

Die Schweiz trägt Verantwortung

Die Ursachen für Hunger sind vielfältig und komplex: einfache Lösungen gibt es nicht. Regulierungen, um Spekulation mit Nahrungsmitteln zu verhindern, sind ein notwendiger Schritt unter vielen. Selbst wenn die Schweiz allein die Nahrungsmittelspekulation nicht regeln kann, trägt sie doch eine besondere Verantwortung. Denn im Rohstoffhandel ist das kleine Land eine Grossmacht – auch im Agrarbereich.

Und Schweizer Banken bieten Finanzinstrumente an, die sich auf Agrarrohstoffe beziehen, das haben Recherchen von *Brot für alle* 2013 ergeben. Insgesamt handelt es sich um 3.6 Milliarden Franken in Derivaten. Mit 2.4 Milliarden Franken nahm die Credit Suisse den einsamen Spitzenplatz ein. Traditionelle Fonds und Hedgefonds wurden in der Recherche nicht berücksichtigt.

Um das völkerrechtlich verankerte Recht auf Nahrung erfolgreich umzusetzen, müssen wir alle Mittel und Wege nutzen. Das Verbot der Finanzspekulation mit Lebensmitteln ist ein Meilenstein auf diesem Weg.